



Zusammenfassung

Next Generation Democracy – Impulse aus Simbabwe, Lehren für die Internationale Zusammenarbeit

24.11.2025, Berlin

Hans-Dietrich-Genscher-Haus, Reinhardtstraße 14,

Hintergrund

In vielen afrikanischen Ländern setzen sich junge Menschen zunehmend für demokratische Teilhabe, Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung ein. Trotz struktureller Hürden, eingeschränkter Handlungsspielräume und herausfordernder politischer Kontexte entstehen innovative, zivilgesellschaftliche Ansätze, um die politische Teilhabe der sogenannten Gen-Z zu stärken.

Wo und wie entstehen neue Räume für politische Teilhabe junger Menschen in Afrika – und wie können diese geschützt werden? Wo liegen die größten Herausforderungen für junge Afrikanerinnen und Afrikaner in ihrem Kampf für Mitbestimmung und Rechtsstaatlichkeit? Wie können internationale Partnerschaften vor diesem Hintergrund erfolgreich zur Demokratieförderung beitragen? Und was können Afrika und Europa voneinander lernen, um zukunftsfähige Demokratien zu gestalten?

Diese und weitere Fragen standen im Mittelpunkt der Diskussion, zu der die Deutsche Afrika Stiftung (DAS) und die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) einluden.

Highlights

- Junge Menschen engagieren sich aktiv für demokratische Prozesse, stehen jedoch häufig vor strukturellen Hürden beim Zugang zu politischen Institutionen. Entscheidend ist daher, zivilgesellschaftliches Engagement stärker mit formaler politischer Beteiligung zu verbinden.
- Eine stärkere politische Teilhabe junger Menschen und Frauen erfordert mehr als nur Quotensysteme. Nachhaltige Repräsentation setzt strukturelle und institutionelle Reformen voraus, die einen tatsächlichen Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen ermöglichen.
- Internationale Zusammenarbeit zur Stärkung demokratischer Resilienz sollte als langfristige Partnerschaft verstanden werden, die auf Solidarität, gegenseitigem Respekt und der Unterstützung lokaler Akteurinnen und Akteure beruht.

Grußwort

Inge Herbert

Regionalbüroleiterin
Subsahara-Afrika, FNF

Diskussion

Sarah Bernardy

Leiterin des Referats
Grundsatzfragen Subsahara-Afrika, Afrikanische Union, Südliches Afrika, Große Seen, Auswärtiges Amt

Namatai Kwekweza

Trägerin des Deutschen
Afrika-Preises 2025;
Gründerin WELEAD Africa

Prof. Dr. Anja Osei

Leiterin Arbeitsbereich
Vergleichende
Politikwissenschaft,
Freie Universität Berlin

Bettina

Stark-Watzinger

Bundesministerin für
Bildung und Forschung a.D.

Moderation

Larissa Pflüger

Wissenschaftliche Referentin
für das Südliche Afrika, DAS

Schlusswort

Sabine Odhiambo

Generalsekretärin, DAS



- Demokratische Resilienz entsteht langfristig durch Investitionen in Bildung und kritisches Denken. Bildung schafft die Grundlage dafür, dass Menschen demokratische Prozesse verstehen, hinterfragen und aktiv mitgestalten können.

Diskussion

Über die Schaffung und Verteidigung zivilgesellschaftlicher Räume in Simbabwe

Ausgangspunkt der Diskussion war die Frage, wie zivilgesellschaftliche Räume für junge Frauen geschaffen und langfristig gesichert werden können. Namatai Kwekweza beschrieb die Solidarität der feministischen Bewegung, der Zivilgesellschaft und internationaler Partnerinnen und Partner als wichtigen Rückhalt für die Arbeit von *WELEAD Africa*. Die Organisation baue auf den Errungenschaften früherer Generationen von Aktivistinnen auf, die trotz schwieriger Rahmenbedingungen Räume für gesellschaftliches Engagement geschaffen hätten. Gleichzeitig betonte sie, dass solche Erfolgsgeschichten nicht die Ausnahme bleiben sollten: Es brauche mehr Institutionen, in denen junge Frauen Führungsverantwortung übernehmen und ihre Fähigkeiten gezielt entwickeln könnten.

Mehr Repräsentation erfordert strukturelle Reformen

Die Diskussion zeigte, dass Quoten zwar einen Beitrag zu mehr Repräsentation leisten können, allein jedoch keine gleichberechtigte politische Teilhabe garantieren. Kwekweza und Prof. Dr. Anja Osei betonten, dass Jugendliche und Frauen in politischen Institutionen weiterhin deutlich unterrepräsentiert seien. Osei verwies darauf, dass der durchschnittliche Abgeordnete in afrikanischen Parlamenten deutlich älter und häufiger männlich sei als die Bevölkerungsstruktur des Kontinents. Quoten könnten dabei ein wichtiges Instrument sein, um Repräsentation zu verbessern, müssten aber durch weitere Reformen ergänzt werden.

Am Beispiel Simbabwes erläuterte Kwekweza die Grenzen bestehender Quotensysteme. Das Parlament verfüge über eine Jugendquote mit zehn Sitzen sowie eine Frauenquote mit 60 Sitzen, von denen nur 20 an junge Frauen vergeben werden. Nach ihrer Einschätzung spiegeln diese Regelungen die tatsächliche Zusammensetzung der Bevölkerung nicht ausreichend wider und könnten bestehende Machtstrukturen reproduzieren. So seien etwa junge Menschen aus politischen Eliten über die Jugendquote ins Parlament gelangt, während parteiunabhängige Kandidierende und junge Menschen mit Behinderungen kaum berücksichtigt würden. Auch bei der Frauenquote habe sich gezeigt, dass formale Repräsentation nicht automatisch zu einer stärkeren Beteiligung junger Frauen an politischen Entscheidungsprozessen führe.

Um politische Teilhabe langfristig zu stärken, seien daher strukturelle Reformen notwendig, so Kwekweza. Dazu gehörten unter anderem Begrenzungen von Wahlkampfausgaben, um gleiche Chancen zwischen Kandidierenden zu schaffen, sowie Veränderungen innerhalb politischer Parteien, damit junge Menschen bessere Zugänge zu Kandidaturen und Entscheidungspositionen erhalten. Auch verfassungsrechtliche Regelungen müssten überprüft werden. So verwies Kwekweza darauf, dass in Simbabwe eine Präsidentschaftskandidatur erst ab einem Alter von 40 Jahren möglich sei, obwohl jüngere Menschen politische Verantwortung übernehmen könnten und wollten.

Von Protest zu politischer Teilhabe

Namatai Kwekweza verwies auf aktuelle Gen-Z-Protestbewegungen etwa in Madagaskar, Nepal oder Marokko. Diese seien von Forderungen nach größerer Rechenschaftspflicht und einer gerechteren



Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen geprägt. Viele junge Menschen seien mit steigenden Lebenshaltungskosten und eingeschränkten wirtschaftlichen Perspektiven konfrontiert, während gleichzeitig der gesellschaftliche Wohlstand insgesamt zunehme. Vor diesem Hintergrund wurde diskutiert, wie sich junges zivilgesellschaftliches Engagement stärker mit formalen politischen Strukturen verbinden lässt. Prof. Dr. Osei betonte, dass insbesondere die Verbindung zwischen Protestbewegungen und politischer Beteiligung weiterer Forschung bedürfe. Bettina Stark-Watzinger verwies auf die Rolle von Jugendorganisationen politischer Parteien als mögliche Räume, in denen junge Menschen politische Erfahrungen sammeln, debattieren und Verantwortung übernehmen können.

Partnerschaft für demokratische Resilienz

Internationale Partnerinnen und Partner sollten ihre Zusammenarbeit stärker als langfristige Partnerschaft verstehen, die auf Solidarität, Respekt und einem Verständnis historischer Zusammenhänge beruht, so Kwekweza. Entscheidend sei, dass lokale Akteurinnen und Akteure ihre eigenen Prioritäten und Narrative stärker einbringen können. Internationale Unterstützung müsse daher nicht nur finanzielle Ressourcen bereitstellen, sondern auch dazu beitragen, Räume für junge Führungskräfte und zivilgesellschaftliches Engagement zu schaffen. Zugleich betonte sie, dass internationale Partnerinnen und Partner ihre Unterstützung nicht zugunsten kurzfristiger wirtschaftlicher oder geopolitischer Interessen abschwächen sollten. Zwar müsse Diplomatie unterschiedliche Interessen berücksichtigen, dennoch seien Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, auf die auch viele junge Menschen auf dem afrikanischen Kontinent setzen, zentrale Grundlagen der Zusammenarbeit.

Sarah Bernardy betonte, dass Deutschland die Stärkung demokratischer Resilienz als langfristige und komplexe Aufgabe verstehe. Die afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung bildeten hierfür einen strategischen Rahmen, in dem demokratische Resilienz, Bildung, Wissenschaft und Innovation als zentrale Handlungsfelder benannt werden. Als Beispiele für das deutsche Engagement verwies Bernardy unter anderem auf die Unterstützung des *African Women Leaders Network* sowie auf den gemeinsam mit dem UNDP entwickelten *Africa Election Fund* zur Stärkung von Wahlprozessen. Gleichzeitig betonte Bernardy die Herausforderung, internationale Unterstützung stärker zu koordinieren und langfristig auszurichten. Angesichts der Vielzahl bestehender Programme müsse vermieden werden, dass einzelne Organisationen oder Themenbereiche isoliert gefördert würden. Stattdessen brauche es einen integrierten Ansatz verschiedener internationaler und afrikanischer Partner.

Langfristige Investitionen in demokratische Resilienz

Bernardy verwies darauf, dass Budgetbeschränkungen eine zunehmende Herausforderung für Programme zur Stärkung demokratischer Resilienz darstellen. Maßnahmen zur Unterstützung von Zivilgesellschaft, politischer Teilhabe oder Menschenrechtsarbeit würden häufig weniger als sicherheitspolitische Priorität wahrgenommen, obwohl sie aus ihrer Sicht wesentlich für die langfristige Stabilität demokratischer Gesellschaften seien.

Gleichzeitig betonte Osei, dass demokratische Transformation kein kurzfristiger Prozess ist, sondern kontinuierliches Engagement und strategische Ausdauer erfordert. Dazu gehöre auch die langfristige Investition in Bildung, um kritisches Denken und gesellschaftliche Teilhabe zu fördern, so Stark-Watzinger. Auch hier gäbe es Anknüpfungspunkte für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen europäischen und afrikanischen Partnern hingewiesen.